

# Das Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen – die Phase des Aufbaus

Katharina Mayer & Katja Sternberger

Mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex),<sup>1</sup> angesiedelt an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, gibt es seit Mai 2023 ein strukturell verankertes und damit bundesweit einzigartiges Institut an der Universität Tübingen, dessen Einrichtung durch das Land Baden-Württemberg auf eine Handlungsempfehlung des zweiten baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschusses zurückgeht.

Dieser stellte in seinem Abschlussbericht erhebliche strukturelle Defizite im Umgang staatlicher Institutionen mit extrem rechten Erscheinungsformen fest – und u. a. ausdrücklich den Aufbau dauerhafter wissenschaftlicher Analyse- und Dokumentationsstrukturen:

„Die Landesregierung möge prüfen, eine ordentliche Anlaufstelle für die Erforschung und Dokumentation rechts-extremistischer Strukturen zu schaffen. Diese sollte an einer Hochschule in Baden-Württemberg angesiedelt sein. Aufgabe wäre ebenfalls die Sammlung, Auswertung und Zurverfügungstellung von Materialien und Wissen zum Thema Rechtsextremismus sowie die begleitende wissenschaftliche Erforschung von Entwicklungen und Prävention in diesem Bereich. Dafür bedarf es einer angemessenen Personalausstattung und den dazugehörigen Sachmitteln. Unbenommen davon bleibt eine Ergänzung dieses Instituts durch Forschung zu anderen Formen des politischen Extremismus und Terrorismus.“ (Landtagsdrucksache 16/5250, S. 1063 Nr. 25)

Bereits 2020 wurde die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) als unmittelbare Konsequenz der Handlungsempfehlungen am Generallandesarchiv in Karlsruhe angesiedelt. Ziel der DokRex ist es, eine dauerhaft angelegte und institutionell abgesicherte Grundlage zur systematischen Erfassung und Einordnung extrem rechter Aktivitäten zu schaffen. Zu den Kernaufgaben der DokRex gehören die Sammlung, Archivierung und Erschließung von Materialien zur extremen Rechten. Besondere Bedeutung kommt hier der Sammlung des Journalisten Anton Maegerle zu, die als eine der umfangreichsten, viele Jahrzehnte umfassenden, spezialisierten Sammlungen zu Rechtsextremismus in Deutschland gehört. Die Dokumentationsstelle stellt ihre Bestände sowohl der Forschung als auch der Zivilgesellschaft, einer breiteren Öffentlichkeit und für Bildungszwecke zur Verfügung.

Gewissermaßen als Schwesterorganisation angelegt, benötigte die Einrichtung des damals noch als „Forschungsstelle Rechtsextremismus“ bezeichneten universitären Forschungsinstituts ein wenig mehr Vorlauf. So wurde die Empfehlung des 2. NSU-Untersuchungsausschusses zunächst politisch aufgegriffen und fand im Zuge der Koalitionsverhandlungen der grün-schwarzen baden-württembergischen Landesregierung ihren Weg in den Koalitionsvertrag 2021–2026. Auf dieser Grundlage erging dann die Ausschreibung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg für eine Forschungsstelle für Rechtsextremismus, die ausdrücklich auf den Aufbau einer dauerhaft angelegten universitären Struktur abhob. Gefordert waren interdisziplinäre Forschung, Transfer in Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung sowie eine feste Verankerung in der universitären Lehre.

Schnell fand sich auf Initiative des damaligen Dekans Josef Schmid eine Arbeitsgruppe an der Uni Tübingen zusammen. Diese erarbeitete – schon damals im Austausch mit zivil-

1 Das Institut im Internet: [www.uni-tuebingen.de/irex](http://www.uni-tuebingen.de/irex).

gesellschaftlichen Institutionen wie der Landesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendbildung – einen Antrag für die Forschungsstelle. Bis heute sind Mitglieder dieser Arbeitsgruppe neben Prof. Dr. Josef Schmid Prof. Dr. Tanja Thomas, Prof. Dr. Barbara Stauber und Prof. Dr. Markus Rieger-Ladich, als beratende „Steuerungsgruppe“ dem IRex eng verbunden.

Die Antragsarbeit war letzten Endes erfolgreich – mit einem Konzept, das die Anforderungen der Ausschreibung integrierte und mit einer klar formulierten dialogischen und transferorientierten Orientierung punkten konnte, welche die Arbeitsweise und Ausrichtung des Instituts prägt. Bei der offiziellen Pressekonferenz zur Vergabe der Forschungsstelle Rechtsextremismus betonten Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Wissenschaftsministerin Petra Olschowski, dass der Zuschlag aufgrund der wissenschaftlichen Exzellenz, der Interdisziplinarität, der langfristigen institutionellen Perspektive sowie der engen Verzahnung von Forschung und gesellschaftlichem Transfer erfolgt sei.

Trotz der bundesweit einmaligen institutionellen Absicherung fügt sich das Institut in eine größere Forschungslandschaft ein. Einen vergleichbaren Auftrag – die Aufarbeitung der Taten des NSU – haben auch FORENA, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf, das Forschungsinstitut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena, die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) an der Universität Potsdam, das Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) an der Universität Leipzig sowie das Institut für demokratische Kultur (IdK) an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Wissenschaftler\*innen verschiedener Fachrichtungen untersuchen am IRex den Rechtsextremismus und zielen damit auf ein Verständnis dessen politischer und lebensweltlicher Dimensionen und seiner gesellschaftlichen Einbettungen ab. Die Forschungsergebnisse sollen dazu beitragen, eine gelebte und an den allgemeinen Menschenrechten ausgerichtete demokratische Grundhaltung auf individueller als auch struktureller Ebene zu fördern. Hierbei versteht das Institut die extreme Rechte als zentrales gesellschaftliches Gegenwartsphänomen, dessen Erscheinungsformen es ebenso untersucht wie dessen Anschlussflächen an die Mehrheitsgesellschaft.

Daher sind Dialog und Wissenstransfer zentrale Anliegen. Dazu kooperiert das IRex mit Organisationen und Personen aus Wissenschaft, Staat und Gesellschaft in Forschung und Vermittlung gleichermaßen. So werden etwa Forschungsfragen im Dialog mit Partner\*innen aus Forschung, Praxis, Staat und Zivilgesellschaft erarbeitet und die Ergebnisse adressat\*innengerecht aufbereitet und kommuniziert. Das IRex arbeitet inter- und transdisziplinär und verbindet dabei Grundlagenforschung mit empirischer Analyse und anwendungsbezogenen Fragestellungen. Damit verfolgt das Institut drei zentrale Aufgabenstellungen: zum einen die wissenschaftliche Forschung, zum zweiten den Aufbau der Forschungs- und Transferinfrastruktur des Instituts und zum dritten die aktive Vermittlung in universitärer Lehre und Dialogformaten für die (Zivil-)Gesellschaft.

Strukturell organisiert das IRex seine Arbeit über derzeit vier, ab Frühjahr 2026 fünf Arbeitsbereiche und eine administrative (Reiner Baur) sowie wissenschaftliche Geschäftsführung (PD Dr. Rolf Frankenberger). Das IRex wird von einem professoralen Team geleitet. Im Oktober 2024 nahmen die Kommunikationswissenschaftlerin Prof. Dr. Annett Heft und die Erziehungswissenschaftlerin und heutige Direktorin des IRex Prof.in Dr.in Heike Radvan ihre Arbeit auf. Im Januar 2025 folgte die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Léonie de Jonge.

## Arbeitsbereiche

Die Forschung am IReX gliedert sich derzeit in folgende Arbeitsbereiche:

Der Arbeitsbereich *Politische Akteure* und Ideologien widmet sich der Erforschung politischer Dynamiken im Spannungsfeld zwischen Demokratie und der extremen Rechten. Der Fokus liegt auf Akteuren (Parteien/Bewegungen/Subkulturen) und ein Schwerpunkt auf der „Veralltäglichen“ extrem rechter Deutungen.

Der Arbeitsbereich *Medien und Öffentlichkeiten* erforscht die Entstehung, Verbreitung und Wirkung rechtsextremer, rechtspopulistischer und antidemokratischer Kommunikation und Mobilisierung in digitalen Öffentlichkeiten mittels computergestützter sozialwissenschaftlicher Methoden.

Der Arbeitsbereich *Politische und kulturelle Bildung* ist auf die erziehungswissenschaftliche Erforschung von Entstehungsbedingungen extrem rechter Lebenswelten (insbes. Hinwendungsprozesse) sowie Möglichkeiten der Prävention und der Absicherung demokratischer Alltagskultur mittels rekonstruktiver/praxeologischer Perspektiven ausgerichtet.

Im Arbeitsbereich *Lokale politische Kulturen* werden mit Fokus auf Baden-Württemberg regionale und lokale politische Kulturen u. a. aus einer raumorientierten Perspektive in Bezug auf Einstellungen, Wahlen und extrem rechte Ereignisse untersucht.

Drei Professuren für Rechtsextremismusforschung werden dauerhaft vom Land Baden-Württemberg finanziert. Zusätzlich wird eine vierte Professur für sozialwissenschaftliche Antisemitismusforschung eingerichtet, die Prof. Dr. Friederike Lorenz-Sinai ab März 2026 übernimmt.

## Laufende Projekte

Die inter- und transdisziplinäre Ausrichtung des Instituts und damit die multiperspektivische Zusammenarbeit zur Erforschung des Rechtsextremismus zeigt sich auch in laufenden Projekten. Exemplarisch steht hierfür das erste fächer- und bereichsübergreifende Projekt „Rechte Immersion und engagierte Öffentlichkeiten“ unter der Leitung der Tübinger Medienwissenschaftlerin Prof. Dr. Tanja Thomas. Hier sollen Prozesse untersucht, konzeptualisiert und systematisch erschlossen werden, durch die Menschen mit extrem rechten Lebenswelten und Deutungsangeboten in Berührung kommen und sich involvieren (lassen). Ziel ist, die Veralltäglichen rechtsextremer Weltanschauung besser zu verstehen. Erforscht werden sollen hier lokale wie mediale Infrastrukturen sowie etwa dabei angewendete narrative Ressourcen und Strategien.

Das Team des inter- und transdisziplinären Verbundforschungsprojekts MAVIOPA, verantwortet von der Sozial- und Politikwissenschaftlerin Prof.:in Dr.:in Christiane Leidinger (Hochschule Düsseldorf) und der Erziehungswissenschaftlerin Prof.:in Dr.:in Heike Radvan, setzt in den sogenannten „Baseballschlägerjahren“ ab 1990 an: Extrem rechte Gewalt gegenüber Menschen mit (kognitiven) Behinderungen wird erstmals systematisch dokumentiert, erforscht und generiertes Wissen in die Soziale Arbeit, in Politik und politische Bildung transferiert.

Im Kooperationsprojekt IKreAT, Identifikation und Klassifikation radikaler und extremistischer Akteure und Akteurinnen auf Telegram, verantwortet von Prof. Dr. Annett Heft und Dr. Pablo Jost (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz), werden Verfahren zur Identifikation und Klassifikation von wenig institutionalisierten Akteur:innen in digitalen Medien am Beispiel der Messengerplattform Telegram auf ihre Zuverlässigkeit und Validität hin untersucht und erforscht, wie sich Sampling- und Klassifikationsverfahren auf identifizierte Akteurskonstellationen und Inhalte auswirken.

Ein weiteres Kooperationsprojekt, an dem Prof. Dr. Annett Heft beteiligt ist, ist Com-DS (Community Data Sprint: Dateneigner in die AVERA Community Datentreuhand einbeziehen). Es hat zum Ziel, die Community-Datentreuhand AVERA stärker in der Forschungsgemeinschaft zu verankern und sichtbarer zu machen. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim, dem Social Media Observatory am Hans-Bredow-Institut Hamburg, der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Amadeu Antonio Stiftung – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena, der Universität Tübingen und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Um die Rechtsextremismusforschung nachhaltig zu stärken, entwickelt das IReX derzeit einen interdisziplinär angelegten Masterstudiengang, der für (B.A.)Absolvent:innen sozialwissenschaftlicher und benachbarter Fächer offen steht. Neben einer fundierten Methoden- ausbildung werden Akteure, Erscheinungsformen, Kommunikation und Verbreitung der extremen Rechten sowie Theorien und empirische Forschungsmethoden zur Erforschung des Rechtsextremismus im Fokus des Studiengangs stehen.

Bereits seit dem Wintersemester 2024 organisiert das IReX Studium-Generale-Reihen, die sich an Studierende und Wissenschaftler:innen, aber insbesondere auch an Interessierte aus der Stadtgesellschaft richten. Die Reihen finden wöchentlich statt, sind außerordentlich gut besucht und regen vielfältige Diskussionen zu aktuellen Forschungsergebnissen, Theorieansätzen und Erkenntnissen für die Prävention, Politik und Projektpraxis an.

## Fazit

Mit der verstetigten Landesförderung sind das Ziel und die Möglichkeit verbunden, die Forschung zur extremen Rechten sowie zu Gegenwehr und demokratischer Resilienz auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Über viele Jahre haben sich Kolleg\*innen der kritischen Rechtsextremismusforschung dafür eingesetzt, diese Forschung in postnationalsozialistischen Gesellschaften dauerhaft und strukturell an den Universitäten zu verankern. Die nun hier tätigen Wissenschaftler:innen sehen es als ihre Verantwortung, diese Aufgabe fortzuführen und in enger Vernetzung mit langjährig forschenden Kolleg:innen zusammenzuarbeiten, um sich vordrängenden autoritären und extrem rechten Entwicklungen wirksam entgegenzutreten.

